

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Anneliese Augustin, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Manfred Lischewski, Ursula Männle, Erika Reinhardt, Dr. Christian Ruck, Heribert Scharrenbroich, Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Wolfgang Vogt (Düren), Alois Graf von Waldburg-Zeil, Michael Wonneberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Ingrid Walz, Dr. Michaela Blunk (Lübeck), Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Georg Gallus, Jörg Ganschow, Martin Grüner, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Sigrid Hoth, Jürgen Koppelin, Arno Schmidt (Dresden), Dr. Sigrid Semper, Torsten Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der F.D.P.

Aufbau und Stärkung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen in Entwicklungsländern zur Förderung von regionaler und lokaler Selbsthilfe

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 - 1.1 Selbsthilfe setzt Selbstverwaltung voraus. Ohne Partizipation auf lokaler Ebene ist Selbsthilfe ebenso wie Demokratie nicht dauerhaft und funktionsfähig. Die erfreulichen Demokratisierungsbemühungen in vielen Entwicklungsländern dürfen deshalb nicht mit der Einführung des Mehrparteiensystems enden, sondern müssen auch Selbstverwaltung auf regionaler und lokaler Ebene bewirken. Die Realität in den meisten Entwicklungsländern ist jedoch durch fehlende Partizipation und Bürokratisierung gekennzeichnet.
 - 1.2 Dem Aufbau und der Stärkung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen kommt unter diesen Gesichtspunkten eine besondere Bedeutung in der künftigen Entwicklungszusammenarbeit zu. Erst eine Dezentralisierung ermöglicht den Bürgern, bei der Gestaltung der lokalen und regionalen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe mitzuwirken.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur in einem engen Sinne als Partnerschaft von Städten und Gemeinden zu verstehen; sie beinhaltet auch die Partnerschaft von Fachverbänden, Vereinen, Kreishandwerkerschaften und anderen privaten Institutionen auf kommunaler Ebene zu entsprechenden Organisationen in Entwicklungsländern.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - 2.1 Konzepte zur Förderung demokratischer Institutionen und zum Aufbau von funktionalen Selbstverwaltungen auf regionaler und lokaler Ebene in den Entwicklungsländern zu unterstützen. Träger für solche Maßnahmen auf deutscher Seite können insbesondere die Kommunen, kommunalen Spitzenverbände, Kirchen, Kammern und politischen Stiftungen sein;
 - 2.2 die technische und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit durch staatliche Träger auch auf den Aufbau leistungsfähiger kommunaler Verwaltungsorganisationen auszurichten;
 - 2.3 gemeinsam mit den EG-Partnern zu prüfen, ob die Einführung einer weltweiten Charta für kommunale und lokale Selbstverwaltung nach dem Vorbild der europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung angestrebt werden soll;
 - 2.4 Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung (einschließlich gemeindlicher finanzieller Selbstständigkeit) zu einem festen Bestandteil des Politikdialogs zu machen und darauf hinzuwirken, daß das kommunale Selbstverwaltungsprinzip verstärkt gefördert wird. Dabei sollen Bundesländer, Kommunen und kommunale Spitzenverbände die Politik der Bundesregierung ergänzen und ausfüllen. Die bisherigen Aktivitäten in Schwerpunktländern der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Philippinen, Indonesien) sind zu systematisieren und auszubauen;
 - 2.5 Selbsthilfeporhaben im Interesse der Nachhaltigkeit soweit wie möglich von einer Mitwirkung der lokalen politischen Vertretung abhängig zu machen;
 - 2.6 Entwicklungsländer, die dezentrale und föderative Strukturen aufbauen, verstärkt zu fördern. Die Bereitschaft von Regierungen der Entwicklungsländer, zu dezentralisieren und föderative Strukturen aufzubauen, gehört zu den positiven Rahmenbedingungen für Entwicklung und sollte deshalb von der Gebergemeinschaft ebenso honoriert werden, wie Reformen zugunsten demokratischer Systeme und sozialgebundener Marktwirtschaft;
 - 2.7 ihren Dialog mit allen Beteiligten zur Erstellung von Länderkonzepten zu einem Forum für Information, Koordination und Vernetzung aller Aktivitäten der verschiedenen Träger einschließlich der Länder und Kommunen auszubauen;
 - 2.8 den Transfer von kommunalem verwaltungstechnischen Know-how zu unterstützen. Vor allem die Bundesländer und Kommunen sollten ermuntert werden, Programme für die Förderung von Partnerschaften aufzulegen, die den Austausch von Verwaltungswissen zum Ziel haben. Gleichzeitig sollte der Austausch von deutschen Verwaltungsfachleuten mit Ausländern in deutschen Kommunalverwaltungen gefördert werden.

3. Die Bundesregierung und die kommunalen Spitzenverbände sollten prüfen, in welcher Form, z.B. durch eine Clearing- und Beratungsstelle, ihre Bemühungen um Koordinierung im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden können. Dies gilt insbesondere für
- die Beratung bei der Aufnahme und Ausgestaltung kommunaler entwicklungspolitischer Partnerschaften;
 - die Information über Chancen und Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in den Publikationen der kommunalen Selbstverwaltung;
 - die Vermittlung austauschwilligen kommunalen Fachpersonals;
 - die Nutzung bereits bestehender Fortbildungsinstitutionen (z.B. Stiftungen und Institute der kommunalen Selbstverwaltung).

Bonn, den 1. Februar 1994

Dr. Winfried Pinger
Anneliese Augustin
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Manfred Lischewski
Ursula Männle
Erika Reinhardt
Dr. Christian Ruck
Heribert Scharrenbroich
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Wolfgang Vogt (Düren)
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Michael Wonneberger
Jürgen Augustinowitz
Heinz-Günter Bargfrede
Dr. Joseph-Theodor Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Ilse Falk
Jochen Feilcke
Erich G. Fritz
Johannes Ganz (St. Wendel)
Claus-Peter Grotz
Klaus Harries
Manfred Heise
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Joachim Hörster
Siegfried Hornung
Karin Jeltsch
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Ulrich Junghanns
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Volker Kauder
Dr. Ursula Lehr
Christian Lenzer
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Rudolf Meinl
Claudia Nolte
Norbert Otto (Erfurt)
Hans-Wilhelm Pesch
Otto Regenspurger
Dr. Bertold Reinartz
Heinz Rother
Günther Schartz (Trier)
Heinz Schemken
Ulrich Schmalz
Trudi Schmidt (Spiesen)
Dr. Andreas Schockenhoff
Wolfgang Schulhoff
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Ulrich Irmer
Ingrid Walz
Dr. Michaela Blunk (Lübeck)
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Georg Gallus
Jörg Ganschow
Martin Grüner
Dr. Helmut Haussmann
Dr. Sigrid Hoth
Jürgen Koppelin
Arno Schmidt (Dresden)
Dr. Sigrid Semper
Torsten Wolfigramm (Göttingen)
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Dem Aufbau und der Stärkung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen kommt angesichts der Realität in den meisten Entwicklungsländern eine besondere Bedeutung zu:

- Staat und Verwaltung sind überzentralisiert, trotz mancher dezentraler Bestimmungen in Verfassungen und Verwaltungsgesetzen;
- lokale und regionale Politiker und Verwaltungen orientieren sich daher auch dort, wo sie gewählt sind, eher nach oben;
- geringe Partizipationsmöglichkeiten erschweren es der Bevölkerung, die Handelnden zur Verantwortung zu ziehen und Machtmißbrauch zu verhindern;
- der Pluralismus, insbesondere die Bildung freier Gruppen, Vereinigungen und Organisationen zur Interessenvertretung und Selbsthilfe, wird beeinträchtigt, behindert oder staatlich reglementiert und damit seiner Entwicklungsfunktion beraubt;
- Selbsthilfeaktivitäten werden staatlich gesteuert oder von staatlichen Instanzen übernommen und damit meist unwirksam gemacht;
- Selbsthilfe wird kaum oder nicht in zweckmäßiger Weise von der Verwaltung unterstützt und mit deren Aktivitäten nicht koordiniert;
- der Staat instrumentalisiert Selbsthilfe-Initiativen oder erstickt sie durch Überforderung;
- Überzentralisierung und Ballung der Ressourcen in den zentralen Metropolen führen zur Auszehrung und Unterdrückung lokaler und regionaler Strukturen. Die wirtschaftlichen Potentiale der Basis kommen so nicht zur Entfaltung.

Maßnahmen zum Aufbau und zur Stärkung von kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen dagegen können

- das Selbstbewußtsein ihrer Partner gegenüber dem Staat und der Verwaltung stärken;
- Selbsthilfe-Aktivitäten in ihrem Bemühen, Rechts- und Planungssicherheit zu erlangen, beraten und unterstützen;
- ihre Partner darin bestärken, mit den staatlichen Stellen, auch den lokalen, in Kontakt zu treten und sie verantwortlich zu machen;
- ein neues Rollenverständnis der Amtsinhaber im Hinblick auf Bürgerinteressen erreichen;
- zeigen, daß Staat und Verwaltung dem Bürger und seinen Gruppen und Organisationen gegenüber verantwortlich gemacht werden können und daß dies für alle Beteiligten von Vorteil ist;
- zur Ausbildung von Verwaltungskräften in Entwicklungsländern beitragen, Unterstützung durch Fachkräfte aus unseren Gemeinden und Kreisen beim Aufbau in Partnergemeinden anbieten.

